



Nueva Nicaragua

Informe

19. Jahrgang

April 2022

Nr. 207

Lateinamerika und der Ukrainekrieg

Wolfgang Herrmann, gestützt auf Informationen von teleSUR

Am 4. Februar 2015 hielt der Gründer und Direktor des führenden privaten US-amerikanischen Think Tank STRATFOR George Friedman einen Vortrag vor dem „The Chicago Council on Global Affairs“ über die geopolitischen Hintergründe der damaligen Ukraine-Krise. Dort sagte er: „Das Hauptziel der Vereinigten Staaten seit einem Jahrhundert war, das Bündnis zwischen Russland und Deutschland zu verhindern...“ In Europa haben die USA-Strategen ihr Ziel erreicht: Es wird auf lange Zeit kein Bündnis zwischen Russland und Deutschland geben. Dafür sind Russland und China eine Partnerschaft eingegangen, die den USA große Sorgen bereitet. Die drastische Antwort Moskaus auf die Pläne der USA und Westeuropas in Bezug auf die Ukraine und die Osterweiterung der NATO trifft nicht nur Europa, sie trifft auch Lateinamerika, das Washington seit 1832 für sich beansprucht.



Auf dem lateinamerikanischen Kontinent verfolgen die fortschrittlichen sozialen und politischen Bewegungen sehr aufmerksam die Entwicklungen in Europa, die zu Kriegen in Jugoslawien und jetzt in der Ukraine führten. Sie sind gegen Invasionen, denn das Imperium des Nordens bedroht sie damit ständig. Andererseits wissen sie, dass Russland seine Souveränität und die der Republiken von Lubansk und Donezk schützen will und dass die Ukraine seit Jahren Krieg gegen die unabhängigen Republiken des Donbass führt.

Kein Land Lateinamerikas schloss sich bedingungslos den Positionen Russlands bezüglich seiner Militäroperation in der Ukraine an. Alle, auch Kuba, Venezuela und Nicaragua verlangen, das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen einzuhalten und danach zu streben, den diplomatischen Weg zu gehen, um Konflikte mit friedlichen Mitteln und effektivem Dialog zu lösen. Die Sicherheit und Souveränität aller Länder sowie der Frieden, die Stabilität, die regionale und internationale Sicherheit müssen gewährleistet bleiben.

In der globalisierten und in sich verknüpften Welt hat ein Konflikt des Ausmaßes des Ukrainekrieges weltweite Konsequenzen. Mit dem Beginn der Kampfhandlungen am 24. Februar 2022 haben die beiden Super-Nuklearmächte eine hochgefährliche Lage ausgelöst. Washington, die Europäische Union, die NATO und alle mit ihnen Verbündete, einschließlich der digitalen Megaunternehmen wie Google, Amazon, Facebook, Apple und Microsoft sind sich heute in ihrer Antwort auf den Einmarsch in die Ukraine einig: Russland muss isoliert, zertreten und zerlegt werden. Ein scheinbar regionaler Konflikt kann zu einem Weltkrieg neuen Typs werden. In der Ukraine findet eine militärische Hyper-Gratwanderung statt. Sie dehnte sich bereits auf viele weitere Fronten aus: Auf die Weltwirtschaft, den Welthandel, die Weltfinanzen, medial, digital, kulturell, im Sport und im Weltall.

Lateinamerika ist kein bedeutender Akteur auf der Bühne der geopolitischen Spannungen, die zum Russland-Ukraine-Konflikt führten. Mit Ausnahme Kubas, Venezuelas und Nicaraguas hat Moskau bei Weitem nicht den Einfluss in der Region, den Washington stets hatte. Jedoch nimmt der Einfluss Beijings zu. Zum Beispiel exportierte Südamerika 2019 Waren und Dienstleistungen im Werte von 66 Milliarden US-Dollar in die USA, im Werte von 119 Milliarden US-Dollar nach China und im Werte von fünf Milliarden US-Dollar nach Russland.

Die neue globale Lage trifft Lateinamerika und die Karibik, genauso wie die übrige Welt, vor allem wegen ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen. Die Rohstoffpreise für Güter, für die Russland und die Ukraine wichtige Hersteller

sind, explodieren. Besonders bei Erdöl und Gas, aber auch bei verschiedenen Metallen wie Aluminium, Nickel, Kupfer, Eisen, Titan und Palladium. Auch bei Weizen, Mais, Sonnenblumenöl und Düngemitteln steigen die Preise enorm an. Alle Länder, die diese Güter importieren, leiden darunter. Die Inflation nimmt weltweit zu. In vielen Ländern führt das vor allem im Transport und bei der Energie zu einer horrenden Preiserhöhung. Brot und weitere Lebensmittel werden teurer. In einigen lateinamerikanischen Ländern, vor allem in solchen, die stark von den Auswirkungen der Pandemie des Covid-19 betroffen sind, entwickeln sich Volksproteste gegen die Erhöhung der Lebenskosten. Umgekehrt profitieren Exportländer von fossilen Brennstoffen, Erzen und Getreide, wie Venezuela, Chile, Peru, Bolivien, Argentinien und Brasilien, vom aktuellen Preisanstieg.

Die neuen, gegen Moskau gerichteten Sanktionen und die Schließung des Luftraums über den gesamten Nordatlantik für russische Flugzeuge trifft die Touristikaktivität der Karibik, vor allem auf Kuba und der Dominikanischen Republik. Für beide Länder war Russland 2021 der bedeutendste Touristen-Sender. Durch den Ukrainekrieg werden sie in diesem Jahr eine halbe Million Touristen verlieren.

Moskau hatte es in den letzten Jahren geschafft, sich der Region auf verschiedenen Wegen zu nähern. Während der Gesundheitskrise, hervorgerufen durch die Pandemie des Covid-19, als die reichen Länder die Impfstoffe aufkauften, gab der Kreml eine entsprechende Antwort. Sputnik V war der erste Impfstoff, der nach Argentinien, Bolivien, Nicaragua, Paraguay und Venezuela gelangte. Seit Jahren gewährt der Kreml Regierungen von Ländern, die von Washington sanktioniert werden, großzügige politische und diplomatische Unterstützung. Venezuela, Kuba und Nicaragua intensivierten ihre Beziehungen mit Russland auch auf militärischem Gebiet, als Teil ihrer Widerstandsstrategie angesichts der USA-Maßnahmen.

Als die Spannungen in den Wochen vor Ausbruch des Krieges zunahmen, erklärte der russische Vize-Außenminister Sergej Rjabkow, dass eine „militärische Ausweitung“ auf Kuba und in Venezuela als Antwort auf die USA-Politik in der Ukraine nicht ausgeschlossen sei. Darauf antwortete der Berater für Nationale Sicherheit der USA Jake Sullivan, „wenn Russland in diese Richtung marschiert, werden die USA auf entschiedene Art antworten“.

Iván Duque, Präsident Kolumbiens, des einzigen lateinamerikanischen Landes mit dem Status des außerkontinentalen NATO-Partners, äußerte anläss-

lich seines Besuches im Sitz der Atlantischen Allianz in Brüssel seine Be-
sorgnis vor der „Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Russland und
China, besonders der Unterstützung für Venezuela“.

In den Tagen vor Beginn des Krieges empfing Wladimir Putin nacheinander im Kreml die beiden südamerikanischen Staatsmänner Alberto Fernández aus Argentinien und Jair Bolsonaro aus Brasilien. Ersterer bot dem russischen Präsidenten an, dass sein Land „das Eingangstor“ Moskaus in Lateinamerika sein könnte. Putin antwortete ihm, dass Argentinien nicht länger ein Satellit Washingtons und vom Internationalen Währungsfonds abhängig sein dürfe. Der russische Präsident schlug danach Bolsonaro den Aufbau nuklearer Zentren und die Dynamisierung einer technologischen Allianz zwischen beiden Ländern auf den Gebieten der Biotechnologie, der Nanotechnologie, der künstlichen Intelligenz und der Informationstechnologien vor.

Obwohl Präsident Putin eine intensive diplomatische Tätigkeit entwickelte, um seinen Standpunkt zu erläutern, schlug am 2. März 2022 in der Generalversammlung der UNO die Stunde der Wahrheit. Nur Weißrussland, Syrien, die Demokratische Volksrepublik Korea und Eritrea votierten gegen die Resolution, die den russischen Angriff auf die Ukraine ablehnt und den Abzug der russischen Truppen fordert. In Lateinamerika konnte der Kreml keine Ja-Stimme gewinnen. Bolivien, El Salvador, Kuba und Nicaragua enthielten sich der Stimme.

Kuba, Nicaragua und Venezuela prangerten jedoch in ihren Beiträgen die Doppelmorale der USA und Europas an. Sie kritisierten, dass die Verantwortung der Westmächte, die mit ihren aggressiven Handlungen die Ursachen für die Eskalation des Konfliktes setzten, völlig ausgeblendet wird. Die USA und Europa rückten mit der NATO an die Grenzen Russlands heran, lieferten der Ukraine moderne Waffen und duldeten sieben Jahre lang den völkermörderischen Krieg der Ukraine in den unabhängigen Donbass-Republiken. Mit ihnen verurteilten die Vertreter Mexikos, Boliviens, Brasiliens und Argentiniens die wirtschaftlichen, kommerziellen, finanziellen und politischen Sanktionen gegen Moskau, die den Konflikt nur noch verschärfen und verlängern. „Die UNO darf nicht missbraucht werden, um Konflikte zu verschärfen“, sagte der venezolanische UN-Botschafter Samuel Moncada. Er durfte nur sprechen, nicht abstimmen, denn sein Land schuldet der UNO aufgrund der Sanktionen gegen Venezuela die Beiträge.

Nicaragua ist nicht mehr eine Kolonie Spaniens

Quelle: Prensa Latina



Die diplomatischen Beziehungen zwischen Nicaragua und Spanien befinden sich seit 2021 in einer Krise. Das iberische Land kritisierte die Gerichtsprozesse und die Gefängnisstrafen gegen die Kandidaten der Opposition bei den Präsidentschaftswahlen. Es wirft der sandinistischen Regierung vor, sie als Verräter zu behandeln. Im Ergebnis dessen, bestellte Madrid seine Botschafterin María del Mar Fernández-Palacios ein und bezeichnete die Wahlen vom 7. November 2021 als Farce. Madrid verlangte von der Europäischen Union, neue Sanktionen gegen Nicaragua anzuwenden.

In einem Kommuniqué des nicarauanischen Außenministeriums vom Januar 2022 über die Beziehungen zwischen Madrid und Managua heißt es: „Wir sind keine Untertanen der spanischen Krone. Wir akzeptieren keine Einmischung in unsere Inneren Angelegenheiten.“ Nicaragua empfahl dem spanischen Außenminister José Manuel Albares „sich auf die Themen seiner Kompetenz zu konzentrieren, denn er hat in keiner Weise irgendeine Befugnis über unser freies Vaterland“.

Am 24. Februar 2022 veröffentlichte das Außenministerium Nicaraguas eine Pressenotiz, in der es die „anmaßenden und anachronistischen Erklärungen“ des spanischen Außenministers verurteilte und ihn aufforderte, seine Versuche, sich in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates einzumischen, einzustellen.

Am 10. März 2022 zog die Regierung Nicaragua ihren Botschafter Carlos Midence aus Spanien zurück. In der Erklärung des nicaraguanischen Außenministeriums heißt es, dass der ständige Druck auf ihn und die laufenden Einmischungen in seine Angelegenheiten es unmöglich machten, die diplomatische Arbeit auszuüben.

Ismael Sánchez Castillo, Abgeordneter im Parlament Andalusiens erklärte dazu, dass in letzter Zeit die Regierung von Ministerpräsident Pedro Sánchez besonders großes Interesse an den Vorgängen im Land der Lagunen und Vulkane zeigte, das er auf Albares übertrug. „Wir sahen bei der letzten Wahl (in Nicaragua), dass der Minister die gemeinsame Position der EU einnahm. Er nutzt eine Beratung in Luxemburg, um den demokratisch gewählten Präsidenten Daniel Ortega in offener Verletzung der Souveränität anzugreifen“, meinte Ismael Sánchez Castillo gegenüber *Prensa Latina*.

Der Abgeordnete sagte weiter: „Die iberische Regierung nimmt sich heraus, das Selbstbestimmungsrecht der nicaraguanischen Gesellschaft anzugreifen und sich an der internationalen Kampagne der Informationsmanipulation zu beteiligen, die von den USA angeführt wird. Es erfolgte eine barbarische Verlängerung der vielseitigen Maßnahmen des regionalen Blocks gegen Managua. Sie wurden 2019 nach dem Putsch von 2018 verabschiedet und verfolgen den Weg der Aggression und der weltweiten Isolierung.“

Der nicaraguanische Journalist und Direktor von Radio *La Primerísima* William Grigsby sagte, dass der spanische Staat seiner Natur nach extrem rechts sei. „Zum Beispiel versprach Ex-Präsident Felipe González seinen Wählern, dass das Land nicht der NATO beitreten werde. Kaum war er gewählt, verriet er das Volk und trat am 30. Mai 1982 der NATO bei.“

Mit der Philosophie der Ausplünderung und des Kolonialismus, so Grigsby, kam das spanische Königshaus nach Lateinamerika und raubte es aus. Unter dem Anschein der Demokratie und Zusammenarbeit kommt man heute wieder. Sie bilden sich ein, als Macht auftreten zu können, die sie einmal waren, um Länder wie Nicaragua zu bevormunden.

Abschließend erklärte William Grigsby gegenüber *Prensa Latina* „Wir haben viel Würde, wir werden uns nicht zertreten lassen, obwohl sie ihren Hass und ihre Lügen laufend verbreiten. Hier werden sie nicht die gleichen Handelsgeschäfte abwickeln können wie früher mit den Regierungen Violeta Barrios und Arnoldo Alemán. Sie werden uns nicht einschüchtern.“

Generalsekretär der OCE besuchte Nicaragua

Sergio Jimenez für Barricada



Der Generalsekretär der Organisation der Bildungskooperation (OCE) Jeque Manssour Bin Mussullam besuchte Nicaragua. Er traf sich mit der Bildungsministerin Lilliam Herrera und weiteren Verantwortlichen des Bildungsministeriums (MINED), um Ideen und Erfahrungen auszutauschen.

Der Gast meinte, dass Nicaragua Ideen und Erfahrungen hat, die mit denen seiner Organisation übereinstimmen. „Wir sprachen über Projekte, mit denen die Organisation dem Bildungsministerium Nicaraguas helfen kann, eine ausgewogene und umfassende Bildung zu erreichen.“

Der Generalsekretär traf sich ebenfalls mit dem Außenminister Nicaraguas Dennis Moncada. „Wir vermittelten besonders die Idee der Republik Nicaragua und ihre Erfahrung beim Aufbau einer echt ausgewogenen und umfassenden Bildung in guter Qualität, aber vor allem der Bildung als Instrument, um die Zukunft, die wir wollen, aufzubauen. Wir teilen die Ideen und konkreten Vorschläge der Zusammenarbeit auf diesen Gebieten des gemeinsamen Interesses“, erklärte Außenminister Moncada.

„Nicaragua spielt eine Vorreiterrolle in der Organisation der Bildungskooperation. Es war der erste Staat der 27 aus Lateinamerika und der Karibik, Afrika, Asien und der arabischen Welt, die der Organisation angehören, der am 24. Juni 2020 die Satzung ratifizierte“, erklärte Generalsekretär Jeque Manssour Bin Mussullam.

Am 23. März wurden Schüler und Lehrer ausgezeichnet

Sergio Jimenez für Barricada



Am 23. März 1980 begann in Nicaragua der Nationale Feldzug der Alphabetisierung. In dieser Kampagne fielen 59 Alphabetisatoren. Am Feldzug nahmen 95.582 Studenten, Lehrer, Mitarbeiter des Gesundheitswesens, Büroangestellte und Hausfrauen teil. Sie brachten 406.056 Nicaraguanern das Lesen und Schreiben bei. Der Analphabetismus fiel von 50,35 Prozent auf 12,96 Prozent. Die Alphabetisierung wurde nach dem Feldzug bis 1990 durch das Bildungsministerium fortgesetzt.

Am 23. März 2022 fand wie in jedem Jahr, in dem die Sandinisten regierten und regieren, eine offizielle Veranstaltung in Managua statt, an der neben dem Präsidenten Comandante Daniel Ortega und der Vize-Präsidentin Rosario Murillo auch der Generalsekretär der Organisation der Bildungskooperation (OCE) Jeque Manssour Bin Mussullam teilnahm.

Comandante Daniel Ortega zeichnete die besten Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer aus. Vize-Präsidentin Rosario Murillo gratulierte den Prämierten. „Wir gratulieren jedem und jeder von euch. Wir gratulieren auch den Gemeinden, die solche guten Eltern und Lehrer haben. Wir gratulieren den Familien, durch deren Mühen die Träume, gut ausgebildete Kinder zu haben, wahr wurden.“

Der Feldzug der Alphabetisierung vor 22 Jahren war der Beginn der Arbeit der FSLN, ein Versprechen zu erfüllen. Nicaragua sollte frei vom Analphabetismus werden. Heute sind weniger als drei Prozent der Bevölkerung Analphabeten.

Gute Aussichten

Sergio Jimenez und Carmen Herrera für Barricada



Die Zentralamerikanische Bank der Wirtschaftsintegration (BCIE) eröffnete im März ihr neues Gebäude in Nicaragua. Der Präsident der Bank Dr. Dante Mossi erklärte, dass sein Institut auch weiterhin Projekte zum Wohle der nicaraguanischen Familien finanzieren wird. Mossi verwies darauf, dass die Bank ein spezielles Unterstützungsprogramm für die Bewältigung der Covid-19-Pandemie auflegte, das den Kauf von medizinischen Geräten für die Gesundheitszentren und Krankenhäuser erleichtern soll.

Auch die Finanzierung des Programms der Elektrifizierung und der erneuerbaren Energien wurde vom BCIE unterstützt. „Zurzeit finanzieren wir in Nicaragua 33 Projekte. Dazu gehören auch Straßen. Wir haben mitgeholfen, dass Nicaragua die besten Straßen in der Region hat... An der Nordwestküste, in Corinto, entsteht mit unserer Hilfe ein strategischer Handelpunkt in der Region.“

Auf dem Wirtschaftsforum anlässlich der Eröffnung des neuen Hauses der BCIE gab der Präsident der Zentralbank Nicaraguas die endgültigen Ergebnisse der Wirtschaftstätigkeit des Landes im Jahre 2021 bekannt. „Ende 2021 erreichten wir wieder das Wirtschaftsniveau des Jahres 2018 vor dem Putsch. In den ersten Monaten des Jahres 2022 setzte sich die dynamische Wirtschaftstätigkeit fort.“

Das Bruttoinlandsprodukt wuchs 2021 gegenüber 2020 um 10,9 Prozent, die Produktion in den Minen und Steinbrüchen um 40,6 Prozent, im Bauwesen um 35,5 Prozent, im Handel um 16,1 Prozent, in den Industriebetrieben um 13,7 Prozent, in den Hotels und Restaurants um 10,5 Prozent.

Die Exporte nahmen um 23,1 Prozent und die Überweisungen aus dem Ausland um 16 Prozent zu. Die Bruttoauslandsmittel erreichten über vier Milliarden US-Dollar. Das Bank- und Finanzsystem ist solide und widerstandsfähig. Der Bankpräsident geht davon aus, dass 2022 das Wirtschaftswachstum vier bis fünf Prozent und die Inflationsrate fünf bis sechs Prozent betragen wird.

Der Minister für Wohnungswesen und staatliche Kredite Iván Acosta informierte auf der gleichen Veranstaltung über die Fortschritte bei der Durchführung der Strategie des Produktions-, Verbraucher- und Handelssystems Nicaraguas. Danach spielt die Fachausbildung eine bedeutende Rolle. Sie führte vor allem auf dem Lande zu höherer Produktivität, höheren Einkünften und besseren Lebensbedingungen. Der Agrarexport und die Industrialisierung schreiten voran.

Der Minister erläuterte die mittel- und langfristige Strategie der Regierung Nicaraguas, um das Wirtschaftswachstum zu fördern, die Ungleichheit zu verringern und die Armut zu überwinden. Er sagte, dass Nicaragua eins der Länder ist, das die besten Ergebnisse im Kampf gegen die Armut aufzuweisen hat. In den letzten zehn Jahren wurde die Armut um 48 Prozent verringert. Das wurde vor allem durch die Finanzierung von 241.000 kleinen Wirtschaften erreicht.

Innerhalb der Landwirtschaft wuchs die Produktion von Mais um 0,7 Prozent, Reis um 3,8 Prozent, Sorghum um 5,5 Prozent, Kartoffeln um 20,4 Prozent, Gemüse um 10,6 Prozent, von Chilitomaten um 9,6 Prozent, von Zwiebeln um 16,8 Prozent, Karotten um 2,7 Prozent und rote Bohnen um 3,8 Prozent. Die Tierproduktion stieg um 2,5 Prozent, der Fischfang um 31 Prozent, die forstwirtschaftliche Produktion um 95,6 Prozent und die Industrieproduktion um 2,3 Prozent.

Das Produktionssystem brachte Exporterzeugnisse im Werte von fast 3,6 Milliarden US-Dollar. Voraussichtlich erhöht sich die Exportproduktion 2022 gegenüber 2021 um 23 bis 24 Prozent auf vier Milliarden US-Dollar.

Vierzehn Jahre Programm „Null Wucher“

Quelle: La Nueva Radio YA



Mit Hilfe des Programms „Null Wucher“ reichte die Regierung Nicaraguas seit 14 Jahren Kredite an 455.000 Frauen in 140 Kommunen des Landes aus. Compañera Leonor Corea, Koordinatorin von „Null Wucher“ erläuterte, dass dieser Kredit in Höhe von 1.850 Cordoba an Frauen vergeben wird, die in kleinen Gemeinschaften wirtschaftlich tätig sind.

Zurzeit werden Finanzierungen von 10.000 bis 50.000 Cordoba mit einem Zinssatz von 5 Prozent jährlich ausgereicht. Im Januar 2022 reichte „Null Wucher“ an 22.000 unternehmerische Frauen Kredite im Werte von 298 Millionen Cordoba aus. In diesem Jahr sollen weitere 40.000 Frauen in das Programm aufgenommen werden.

Agromarketing für Kleinproduzenten

Carmen Herrera für Barricada



Das nicaraguanische Landwirtschaftsministerium organisiert Kurse des digitalen Marketings für Kleinproduzenten. An der ersten Sitzung nahmen 80 Jugendliche teil. In den Kursen sollen Kenntnisse über neue Technologien vermittelt werden, die auch für Kleinproduzenten anwendbar sind, um ihre Erzeugnisse schneller auf den Markt zu bringen.

Es gibt drei Arten der Anwendung. Die erste orientiert auf die Anwendung der Schädlingsbekämpfung. Die zweite unterstützt die Verwaltung der Bauernhöfe. Und die dritte vermittelt Verhaltensweisen bei den Klimaveränderungen.

Laut Pedro Pablo Benavides, Abteilungsleiter im Ministerium, sollen diese Kurse sowohl inhaltlich als auch zahlenmäßig erweitert werden. Das Interesse sei groß, vor allem bei jungen Menschen, die auf den Höfen ihrer Eltern das digitale Marketing übernehmen und anwenden.

Milton Ruiz, ein junger Produzent, sagte: „Wir können unsere Kenntnisse erweitern. Das ist ein Plus für die Herstellung unserer Erzeugnisse und für ihre Vermarktung. Wir bauen Mais und Bohnen an und halten Tiere. Über die sozialen Netze können wir Erfahrungen austauschen und kurzfristig Events organisieren.“

Nicaragua erweitert die Energieversorgung

Quelle: Prensa Latina



Ende Februar 2022 waren 99,1 Prozent der Haushalte an das nicaraguani-sche Energieversorgungsnetz angeschlossen. Damit wurde das Netz seit 2007, seitdem die FSLN wieder regiert, um 47,1 Prozent erweitert. In den 15 Jahren wurden 9.484 Projekte der Elektrifizierung für 675 Tausend Haus-halte mit mehr als drei Millionen Bewohner realisiert.

In der Zeit vom 24. Februar bis 2. März 2022 weihte der Nationale Energie-versorgungsbetrieb fünf neue Stationen in Jinotega, Matagalpa, San Juan de Limay, Estelí und Nueva Segovia für 439 Häuser mit 2.298 Bewohnern ein. Diese Projekte erforderten eine Investition von 900.000 US-Dollar.

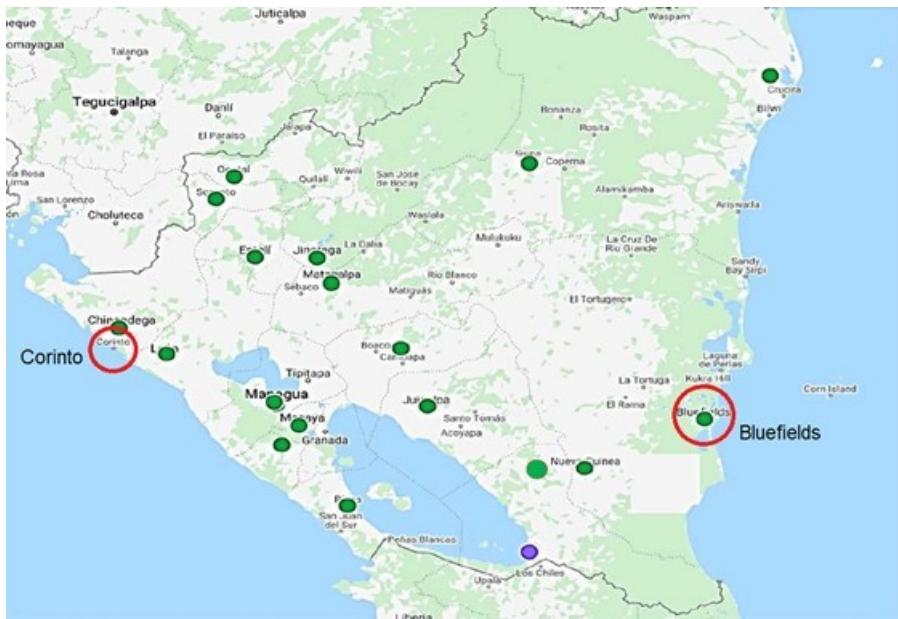
Weitere Stationen gingen in der Zeit vom 3. bis 9. März an der Karibikküste Süd, in Jinotega und Matagalpa in Betrieb. Sie beliefern 738 Bewohner mit Strom und kosteten 400.000 US-Dollar.

In der Region Karibik Süd wird zurzeit der Bau einer Verteilerstation für die Kommunen El Tortuguero, La Cruz de Río Grande und La Esperanza vor-bereitet. Dazu gehören 100 Kilometer Überlandleitungen. Das Projekt wird 360.000 Bewohnern zugutekommen.

jf/jha/dgh

Nicaragua will Tiefseehafen in Bluefields bauen

Quelle: Prensa Latina



Am 9. März 2022 informierte der Direktor des Nationalen Hafenbetriebes Nicaraguas Virgilio Silva darüber, dass die Regierung beschlossen habe, einen Tiefseehafen in Bluefields zu bauen. Das Bauwerk ist Teil der Infrastrukturprojekte, die mit der Volksrepublik China vereinbart wurden. Der Hafen wird dazu beitragen, die Transportkosten je Einheit von 900 auf 400 US-Dollar zu senken.

Im Hafen von Corinto begann der Bau eines Logistikzentrums mit der Stapel-Kapazität von 3.000 Containern. Mit der Erweiterung wird das Anlegen der Schiffe Post-Panamax möglich.

Der Direktor kündigte an, dass die Häfen Nicaraguas mit Hochtechnologie-Maschinen ausgerüstet werden. Darauf wird zurzeit das Personal vorbereitet. Außerdem fanden in Corinto mit internationaler Beteiligung Kontrollen der Sicherheit der entsprechenden Terminals statt. Sie entsprechen dem internationalen Standard.

msm/dgh



GeFiS

Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität e.V.

GeFiS wurde am 24. Juli 2020 gegründet und schreibt über sich:

Wir sind die Gesellschaft für Frieden und internationale Solidarität e.V. (GeFiS). Dies ist ein überparteilicher Zusammenschluss von Menschen, die bei unterschiedlichen Weltanschauungen und politischen Auffassungen sich einig sind, für eine Selbstbestimmung der Länder Lateinamerikas im Geiste und in der Tradition von Simon Bolivar und Alexander von Humboldt einzutreten. Rassismus und Chauvinismus, Postkolonialismus und neoliberales Hegemoniestreben haben hier keinen Platz.

Wir unterstützen die nationale Unabhängigkeit und territoriale Integrität dieser Länder und die Pflege ihres kulturellen Erbes, besonders auch der indigenen Bevölkerung. Wir informieren und klären auf, wir lassen die Betroffenen selbst sprechen und geben ihnen in Deutschland eine Stimme und streben die europaweite Bündelung aller Kräfte an, die sich mit unseren Zielen identifizieren können. Wir stehen an der Seite dieser Völker und fühlen uns mit ihnen solidarisch verbunden.

Solidarität ist immer konkret! Das beweist der bereits Jahrzehnte lange Kampf gegen die Blockade Kubas. Auch Venezuela und Nicaragua und ihre Bevölkerung sind Opfer einer Blockade, die vorgeblich die Demokratie schützt, in Wirklichkeit aber staatliche Souveränität mit Füßen tritt, die Menschen zu wehrlosen Opfern macht und ihr Leben existenziell bedroht. Verantwortlich sind die USA und ihre Verbündeten, die, wie auch Deutschland, diese zutiefst unmenschliche Politik dulden bzw. auch noch unterstützen.

Präsident von GeFiS ist Carsten Hanke.

GeFiS ist im Internet unter gefis2020.de präsent. Wen GeFiS interessiert, die oder der schaut einfach einmal hinein.

GeFiS unterhält enge Beziehungen zum Comitee für internationale Solidarität und Frieden Venezuelas (COSI). COSI wurde 1971 gegründet und ist Mitglied des Exekutivausschusses des Weltfriedenrates (WPC).

GeFiS führt Solidaritätsaktionen wie „Medizin für Venezuela“ durch und informiert über die Entwicklung in den Ländern Lateinamerikas und der Karibik.

Inhalt:

Lateinamerika und der Ukrainekrieg	1
Nicaragua ist nicht mehr eine Kolonie Spaniens	5
Generalsekretär der OCE besuchte Nicaragua	7
Am 23. März wurden Schüler und Lehrer ausgezeichnet	8
Gute Aussichten	9
Vierzehn Jahre Programm „Null Wucher“	11
Agromarketing für Kleinproduzenten	12
Nicaragua erweitert die Energieversorgung	13
Nicaragua will Tiefseehafen in Bluefields bauen	14
GeFiS	15

Redaktionsschluss: 30. März 2022

Übersetzung der spanischen Texte: Wolfgang Herrmann

Nueva Nicaragua Informe (NNI) vermittelt seinen Freundinnen und Freunden Wissen über die Entwicklung Nicaraguas und der lateinamerikanischen Region sowie über die Solidaritätsarbeit mit Nicaragua und dieser Region. *NNI* bezieht sich dabei auf die Analyse aktueller und historischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse und Ereignisse in Nicaragua und in dieser Region, verallgemeinert und verbreitet sie. *NNI* unterstützt alle der Völkerverständigung und dem Frieden dienenden Bestrebungen.

Impressum:

Herausgeber: Wolfgang Herrmann (V.i.S.d.P.)
Dreesch 18, 17291 Grünow
Telefon 039857-139003
Email: ing-herrmann@online.de